



# Gute Nacht, Griechenland

## Description

?????????, ?????? – Gute Nacht, Griechenland (so zumindest die Übersetzung bei Google – ich kann leider kein griechisch)

Die EZB warnt vor einem Zwangsausschluss Griechenlands aus der Eurozone. Ein solcher Schritt würde zu einem Vertrauensverlust führen und könnte den Zusammenbruch des Währungsraums bewirken. Ein Ausschluss würde umgehend Spekulanten auf den Plan rufen, um darauf zu wetten, wer der nächste Ausschluss-Kandidat ist.

Oberspekulant George Soros glaubt gar: Scheitert der Euro, scheitert Europa und am Ende womöglich das Weltfinanzsystem. Die Krise in der Euro-Zone sei „ernsthafter und gefährlicher als der Zusammenbruch von 2008“, zitierte die „Economic Times“ den Hedgefonds-Manager. Es sei derzeit nicht klar, ob die Krise eingedämmt werden kann, sagte er der Nachrichtenagentur Bloomberg. Viele Leute hätten das Gefühl, dass der Abgrund bereits erreicht und die Krise unlösbar ist. Auch hätten Marktteilnehmer begonnen, sich auf die Möglichkeit eines Auseinanderfallens der Währungszone einzustellen.

Anlass für die neuen Sorgen sind Warnungen von Griechenlands Ministerpräsident Papademos vor einer „unkontrollierbaren Staatspleite“. „Die nächsten drei Monate sind kritisch für den Kurs der griechischen Finanzen“, sagte er gestern. Mitte Januar kommt die aus Vertretern von IWF, EZB und EU-Kommission bestehende Troika erneut nach Athen, um die Sparfortschritte zu kontrollieren. Ein „o.k.“ ist die Voraussetzung für die Auszahlung einer weiteren Kreditranche von fünf Mrd. Euro im März. Sie wäre nicht die letzte aus dem Hilfspaket aus Mai 2010 im Volumen von 110 Mrd. Euro, es stehen noch 37 Mrd. Euro zur Verfügung.

Im Herbst wurde ein Nachfolge-Paket von geplanten 130 Mrd. Euro beschlossen. Das werde aber nicht reichen, schreibt die FTD und gibt als Grund schlechter als verlangt ausgefallene Haushaltszahlen des Landes an. Wie viel Geld das Land braucht, hängt auch von den seit drei Monaten laufenden Verhandlungen über die Beteiligung des Privatsektors ab. Ein Abkommen mit den Gläubigerbanken über einen Schuldenschnitt von 50 Prozent ist Voraussetzung für dieses zweite Hilfspaket. Papademos hatte am Mittwoch gesagt, sein Land würde im März insolvent, sollten die Gespräche hierüber scheitern.

Griechenland muss im März 14 Mrd. Euro umschulden. [Davon ist eine Anleihe betroffen, die zum Liebling von Zockern geworden ist](#). Sie wetten darauf, dass der Haircut geringer ausfällt als die angepeilten 50%.

Papademos verlangt von den griechischen Arbeitnehmern weitere Lohnkürzungen. Anders seien die Sparziele nicht zu erreichen und nur so könne das Land wieder wettbewerbsfähig werden. Er stellt sogar den Mindestlohn von derzeit 751 Euro im Monat in Frage. Die Gewerkschaften sind dagegen. Für sie steht der landesweit geltende Tarifvertrag nicht zur Debatte, der u.a. ein 13. und 14. Monatsgehalt vorsieht. Auch über den Mindestlohn wollen sie nicht mit sich reden lassen. „Wir werden keinen einzigen Schritt zurückweichen,“ heißt es.

Bei Gesamtschulden von mehr als 350 Mrd. Euro ist auch ein freiwilliger Forderungsverzicht von 50% nur ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal sich öffentliche Gläubiger wie etwa die EZB nicht beteiligen. Beobachter rechnen vor, dass ein solcher Teilschuldenerlass Athen unter dem Strich netto weniger als 50 Mrd. Euro Erleichterung bringt. Das dürfte die Akteure an den Finanzmärkten nicht nachhaltig beruhigen. Eine Rückkehr an die Finanzmärkte zur Finanzierung wird es noch auf viele Jahre nicht geben, heißt es.

Nicht wenige rechnen mittlerweile damit, dass Griechenland als Mitglied der Eurozone in die Insolvenz geht.



Auch die Sorgen um Griechenland dürften dazu beigetragen haben, dass der Euro massiv an Wert verliert, z.B. gegen den Dollar. Zudem dürfte der Goldpreis hierdurch profitiert haben.

Siehe auch [Griechenland...!](#)

#### **Nachtrag:**

(9.1.12) Der IWF glaubt nicht länger, dass der Troika-Plan zur Rettung Griechenlands funktioniert. Er sagt jetzt einen Fall des griechischen BIP um 6% in 2012 voraus, das ist das Doppelte des vorherigen Forecast. Daraus folgt, dass entweder in GR (noch) mehr gespart werden, ein größerer Haircut erfolgen oder mehr Rettungs-Geld spendiert werden muss. Die GR-Regierung hat beschlossen, das 14. Monatsgehalt im privaten Sektor zu schleifen. Das soll in einem einfachen Gesetzgebungsverfahren geschehen.